



09.11.2021

Erklär doch mal, Lars: Wiedergutmachung

Textfassung des Videos

Zum Video [Erklär doch mal, Lars: Wiedergutmachung](#)

Hallo, ich bin Lars, und es gibt eine Sache, die ich nie verstehen werde. Wie kann es sein, dass antisemitische Hetze immer offener in den sozialen Medien stattfindet?

Fast die Hälfte aller antisemitischen Straftaten wird mittlerweile im Netz begangen. Viele fragen sich heute, über 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, was hat unsere Generation mit damals zu tun? Dabei ist es gerade heute wichtig, ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen und sich klar gegen das Vergessen zu stemmen.

Das Thema Wiedergutmachung ist eine wichtige Aufgabe im Bundesfinanzministerium. Bis heute erhalten die letzten Holocaustüberlebenden Entschädigungszahlungen aus Deutschland.

Aber kann es so etwas wie eine Wiedergutmachung überhaupt geben? Und wenn ja, wie kann diese in Zukunft aussehen?

Die Wiedergutmachung darf nicht einfach enden, nur weil es irgendwann keine Zeitzeugen mehr geben wird.

Werfen wir einen Blick zurück ins Jahr 1952. Der Zweite Weltkrieg ist erst sieben Jahre her. Eine normale Beziehung zwischen Tätern und Opfern ist schwer vorstellbar, ganz zu schweigen von einer echten Aussöhnung.

Der erste Schritt zur Annäherung ist das Luxemburger Abkommen, auch bekannt als Wiedergutmachungsabkommen. Obwohl es auf beiden Seiten umstritten ist, unterzeichnen Bundeskanzler Konrad Adenauer und der israelische Außenminister Moshe Sharett im September 1952 das Abkommen. Es garantiert dem jungen Staat Israel und der Jewish Claims Conference, die bis heute die Ansprüche der Überlebenden vertritt, finanzielle Unterstützung. Vor allem aber ist es ein Eingeständnis deutscher Schuld. In den folgenden Jahren weitet Deutschland seine Maßnahmen zur Wiedergutmachung aus.

Außerdem beschließt die junge Bundesrepublik Globalabkommen mit elf weiteren Staaten.

Ein weiterer Meilenstein ist das Artikel-2-Abkommen, zwei Jahre nach der Wiedervereinigung. Damit

bekräftigt das wiedervereinigte Deutschland seine Verantwortung für die NS-Verbrechen.

Bis heute folgen viele gesetzliche Ergänzungen, unter anderem Zahlungen an osteuropäische Staaten, Zwangsarbeitende und Kriegsgefangene. In der Vergangenheit ging es vor allem um die finanzielle Komponente, um die Überlebenden zu unterstützen.

Aber wie kann Deutschland auch in Zukunft Verantwortung übernehmen?

Die sogenannten Folgeaufgaben der Wiedergutmachung werden wichtiger. Vor allem die Bekämpfung von Antisemitismus, Antiziganismus und jeder anderen Form menschenfeindlicher Vorurteile.

Deshalb arbeitet das Bundesfinanzministerium eng mit Organisationen zusammen, die Verfolgte der NS-Diktatur vertreten. Auf diese Weise werden unterschiedliche Projekte unterstützt, zum Beispiel Ausstellungen oder Bildungsprogramme für Lehrerinnen und Lehrer. Auch das umfangreiche Online-Themenportal Wiedergutmachung, das in den nächsten Jahren an den Start gehen soll, gehört dazu.

Das Bundesfinanzministerium arbeitet mit internationalen Partnern zusammen, um die unzähligen Schicksale der NS-Verfolgten sichtbar zu machen. Das ist vor allem für die Familien der Opfer wichtig, aber auch zur Bekämpfung von Holocaust-Leugnung und Verschwörungserzählungen.

Die Wiedergutmachung spielt also weiterhin eine wichtige Rolle in der deutschen Politik, damit wir aus der Geschichte lernen. Der Fokus ist heute zukunftsgerichtet. Es geht nicht nur darum, Wissenslücken zu schließen, sondern vor allem um die Bekämpfung von Antisemitismus und Vorurteilen.

Denn jüdisches Leben gehört zu Deutschland.